

Zusammenfassung

Von den **weltweit 7.000 Sprachen** ist ein Großteil akut bedroht. 4.000 Sprachen werden von den **370 Millionen Indigenen** der Erde gesprochen. Die Mehrheit der indigenen Sprachen wird mündlich überliefert und ist damit besonders gefährdet, auszusterben. Sprachwissenschaftler gehen davon aus, dass bis zum **Ende des 21. Jahrhunderts nur noch 3.000 Sprachen** existieren werden.

Eine Sprache ist Anker für kollektive und kulturelle Identität und **tradiert Wissenssysteme** ganzer Kulturen. Gehen Sprachen verloren, verliert die Menschheit einen Großteil jahrhundertlang überlieferter Traditionen und Indigene verlieren ihre **kollektive Identität**.

Aufgrund der prekären Entwicklung und nach jahrelangem Drängen indigener Vertreter haben die Vereinten Nationen das Jahr **2019 zum Jahr der indigenen Sprachen** ernannt. Vielfalt, Schutz und der Revitalisierung von indigenen Sprachen soll mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Indigene kritisieren jedoch, dass ihre Meinungen dabei nicht einbezogen werden und die tatsächlich getroffenen Maßnahmen eher postkoloniale Praktiken reproduzieren, als indigene Sprecher aktiv zu unterstützen.

Dabei ist der Schutz von indigenen Sprachen **fester Bestandteil des Völkerrechts**. Neben allgemeinen Deklarationen und Konventionen verweisen besonders die **ILO-Konvention 169** und die **UN Deklaration zu den Rechten indigener Völker (UNDRIP)** explizit auf indigene Kollektiv-, Bildungs- und Sprachenrechte. Sie fordern Staaten auf, geeignete Maßnahmen zum Schutz und Gebrauch indigener Sprachen und Bildung umzusetzen.

Jedoch ist die **Kluft zwischen Völkerrecht und Alltagsrealität riesig**: Indigene Sprachen sind im öffentlichen Leben kaum präsent, gesellschaftlich marginalisiert und werden ausschließlich im Privaten gesprochen. Indigene sind mit Beginn ihrer Schullaufbahn gegenüber nicht-indigenen Kindern benachteiligt. Schulbildung, die indigene Sprache nicht gleichberechtigt lehrt, **reproduziert und verfestigt gesellschaftliche Ungleichheiten**. Sprachbarrieren führen zu mangelhaftem Zugang zu Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren und erschweren politische Partizipation. Chancen auf dem Arbeitsmarkt und in der höheren Bildung sind nur durch Wissensvermittlung in der Mehrheitssprache möglich. Eltern erziehen deshalb ihre Kinder für bessere Bildungs- und Arbeitschancen in der Mehrheitssprache, sodass es oftmals die Großelterngeneration braucht, um indigene Sprachen weiterzugeben.

Tiefverankerter Alltagsrassismus, der auf kolonialen Strukturen aufbaut, ist das zentrale Grundproblem. Das Verschwinden indigener Sprachen ist **nur ein Indikator unter vielen**, der die Marginalisierung indigener Völker aufzeigt. Keines der in diesem Report untersuchten Länder konnte sein koloniales Erbe aufarbeiten und indigene Völker als gleichberechtigt anerkennen. Der Nationalstaat im 21. Jahrhundert scheint den Herausforderungen seiner pluri-nationalen und multikulturellen Realität ideenlos zu begegnen.

Inwieweit indigene Rechte einschließlich der Sprachenrechte durchgesetzt und gelebt werden, hängt von dem **Grad der Offenheit demokratischer oder teilweise demokratischer Staaten** ab. Gibt es in (teil-) demokratischen Staaten noch Möglichkeiten zur Mitbestimmung, sind **indigene Rechte in diktatorisch geführten Staaten kaum existent**.

So ist **China** ein aktuelles Beispiel von **Assimilierungspolitik**, in der Uiguren und andere Minderheiten mit Verfolgung rechnen müssen, wenn sie ihre kulturelle Identität leben. In **Russland** werden **indigene Bewegungen kriminalisiert oder neutralisiert**. Auch eine Nicht-Anerkennung von indigenen Völkern wie im Falle **Indiens** bedeutet de facto eine **Unterdrückung indigener Rechte**.

Es lassen sich **keine** sogenannten **Best-Practice Beispiele** finden, in denen mindestens eine indigene Sprache gleichberechtigt und bilingual Teil des öffentlichen Lebens, der Politik und Verwaltung sowie Schul- und höherer Bildung ist. Indigene Sprecher sind gesellschaftlich benachteiligt, müssen Sprachkenntnisse aufholen oder mit vielen Formen direkter sowie struktureller Diskriminierung umgehen. **Staaten wie Chile, Bolivien, Indonesien, Marokko ebenso wie Australien und Kanada** vermögen es nicht, das Erlernen indigener Sprachen verpflichtend einzuführen. Eine andere Sprache als die Muttersprache zu erlernen, ist ein Mehraufwand, den Indigene immer leisten müssen.

Hervorzuheben als **Good-Practice Beispiele** sind **Schweden, Norwegen und Finnland sowie Neuseeland**. Indigene Sami und Maori haben trotz deutlicher Mängel bessere Grundvoraussetzungen dafür, mit ihren Sprachen in der Mehrheitsgesellschaft zu bestehen. Programme werden dort staatlich finanziert, indigene Sprachen werden auch an Hochschulen gelehrt und haben Lehrstühle. Dennoch gibt es auch hier Alltagsrassismus, sodass die **Anzahl der Sprecher kontinuierlich abnimmt**. Eine indigene Sprache ist auch hier weniger wert als die Mehrheitssprache. Gerade junge Indigene müssen überlegen, wie sie die Bewahrung ihrer indigenen Identität in eigene Chancen integrieren.

Für die Revitalisierung von Sprachen fehlen heute ganze Mittlergenerationen, die aufgrund von gesellschaftlichem Druck und Diskriminierung, aber auch Internatssystemen und Assimilierungspolitik ihre Sprache bereits verloren haben. **Indigene Sprachen, die heute wirksam gerettet werden, verdanken dies dem Engagement von indigenen Initiativen**, wie die vorgestellten Beispiele aus Teil III dokumentieren. Sie versuchen, mit den unterschiedlichsten, kreativen Methoden ihre Sprache an die nächste Generation weiterzugeben. Bislang fehlt jedoch ausreichend finanzielle Unterstützung nationaler sowie supranationaler Institutionen, um dem Sterben von Sprachen entgegenzuwirken.

Forderungen

Die Vereinten Nationen müssen

Alltagsrassismus in postkolonialen Gesellschaften entgegenwirken und offenlegen sowie Staaten zur Einhaltung der UN-Deklarationen, Verträge und deren Umsetzung drängen;

in Anlehnung an das UN-Jahr der indigenen Sprachen eine UN-Dekade für indigene Sprachen einrichten - unter Einbezug und Führung indigener Vertreter, wie dies bereits von indigener Seite, etwa von Grand Chief Willie Little Child, gefordert wird;

Maßnahmen entwickeln, in denen Revitalisierung und Aufwertung von Sprachen vor Dokumentation und Forschung gestellt sind;

indigene Initiativen und Bildungsprogramme zum Schutz ihrer Sprachen konkret und vor Ort unterstützen und Projekte fördern, die auf gemeindenahe Immersionsprogramme abzielen, wie zum Beispiel den von Indigenen geführten *Global Indigenous Language Fund*;

ein aktives System für den Schutz von Sprachen einführen, dass die am stärksten gefährdeten Sprachen priorisiert, um so viele wie möglich zu bewahren, einschließlich einer Einrichtung für indigene Sprachen innerhalb der UNESCO;

schwerste Menschenrechtsverletzungen und Assimilierungspolitik an Indigenen insbesondere in China verurteilen und möglichst unterbinden.

Staaten, in denen Indigene leben, müssen

die im Völkerrecht verankerten Selbstverpflichtungen zum Schutz von indigenen Sprachen umsetzen und implementieren - unter gleichberechtigtem Miteinbezug indigener Völker;

flächendeckende bilinguale Schulbildung in mindestens einer indigenen Sprache verpflichtend für alle Schüler sowie Integration von traditionellem Wissen in Hochschulbildung einführen;

von Indigenen geführte Programme zur Bewahrung ihrer Sprache finanziell unterstützen sowie geeignete Maßnahmen zur Revitalisierung von Sprachen einführen;

für Indigene einen gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Ämtern, Politik und Verwaltung in der eigenen Sprache schaffen;

gesellschaftlich tief verankerten Rassismus aufarbeiten und entgegenwirken.

Die deutsche Bundesregierung muss

die ILO-Konvention 169 ratifizieren, um die indigenen Sprachenrechte zu unterstützen, so wie es im aktuellen Koalitionsvertrag von 2018 festgehalten ist.